

**ZENTRUM FÜR GEBÄRDENSPRACHE UND  
HÖRBEHINDERTENKOMMUNIKATION**Universitätsstraße 65-67  
A-9020 Klagenfurt

Tel.: ++43(463)2700-2821

Fax: ++43(463)2700-2899

Mail: [franz.dotter@uni-klu.ac.at](mailto:franz.dotter@uni-klu.ac.at)Web: <http://www.uni-klu.ac.at/zgh>Deaf server: <http://deaf.uni-klu.ac.at>

An das  
Bundesministerium für Justiz  
und das  
Präsidium des Nationalrats  
elektronisch:  
[kzl.b@bmj.gv.at](mailto:kzl.b@bmj.gv.at)  
[begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)

29. Juli 2008

Betrifft: Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Jurisdiktionsnorm, das Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung, die Zivilprozessordnung, das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz, das Außerstreitgesetz, das Gerichtsorganisationsgesetz, das Rechtspflegergesetz und das Gerichtsgebührengesetz geändert werden (Zivilverfahrens- Novelle 2008 – ZVN 2008); BMJ-B11.106/0002-I 8/2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zum oben angeführten Entwurf nehme ich wie folgt Stellung:

**1. Grundsätzliche Einschätzung**

Das Zentrum für Gebärdensprache und Hörbehindertenkommunikation begrüßt die im 9. Titel des Entwurfs vorgesehene umfassende Berücksichtigung der Entscheidung gehörloser bzw. schwer hörbehinderter Menschen, die Österreichische Gebärdensprache als bevorzugte Sprache zu verwenden. Damit wird die jetzt vorhandene Diskriminierung - was die mögliche *gesetzliche* Vorsorge dagegen betrifft - weitestgehend beseitigt.

Die - verständliche - Einschränkung auf die Österreichische Gebärdensprache kann allenfalls Probleme für gehörlose/schwer hörbehinderte ImmigrantInnen mit sich bringen, wenn diese eine andere Gebärdensprache beherrschen.

---

*Gefördert von Land und Bundessozialamt Kärnten, Europäischem Sozialfonds*

*Leitung: Franz Dotter (2821)*

*Hörende Mitarbeiterinnen: Marlene Hilzensauer (2823), Klaudia Krammer (2824), Christine Kulterer (2829), Andrea Skant (2822)*

*Gehörlose MitarbeiterInnen (Fax 2899): Elisabeth Bergmeister, Silke Bornholdt, Christian Hausch, Anita Pirker, Natalie Unterberger*

## 2. Verwendung von Fachbegriffen

### 2.1. Fachbegriffe für Hörbehinderung

In den meisten Passagen wird richtigerweise "gehörlos oder hochgradig hörbehindert" bzw. "gehörlos oder hochgradig schwerhörig" verwendet. Es wird empfohlen, diese Bezeichnungen in Zukunft durchgehend zu verwenden. D.h. für den vorliegenden Entwurf, das auf S. 12 vorkommende "gehörlosen oder schwer Gehörgeschädigten" zu ersetzen, sowie bei Novellen anderer Gesetze zu diesen Termini überzugehen.

### 2.2. Fachbegriffe für andere Behinderungen

Ich zitiere die Erläuterungen auf S. 16:

Diese Bestimmungen sehen vor, dass dann, wenn eine gehörlose oder *stumme* Partei zur mündlichen Verhandlung weder mit einem geeigneten Bevollmächtigten noch mit einem Dolmetsch für die Gebärdensprache erscheint, die Tagsatzung vom Vorsitzenden zu erstrecken und zur neuerlichen Tagsatzung ein solcher Dolmetsch beizuziehen ist. ... § 185 wiederum beschäftigt sich mit der Postulationsunfähigkeit. Postulationsunfähig ist, wer sich nicht verständlich äußern kann, sei es mangels Deutschkenntnissen, sei es wegen dauernder (Gehörlosigkeit, *Stummheit*, *grobes „Stottern“*) oder vorübergehender (Heiserkeit, Trunkenheit, Übelkeit) Sprechbehinderung (Fucik in Rechberger, ZPO3 § 185 Rz 1).

Es wird empfohlen, die markierten Begriffe bei Gelegenheit durch "Sprachbehinderung" bzw. "sprachbehinderte Personen" zu ersetzen, da die derzeit verwendeten Begriffe diskriminierend sind bzw. in der wissenschaftlichen/pädagogischen Literatur keine Grundlage mehr haben.

## 3. Ausweitung bzw. Verbesserung des juristischen Umgangs mit Barrierefreiheit

Es geht mir bei Behandlung dieses Themas nicht um eine herabsetzende Kritik an den enormen Fortschritten der Behindertenintegration, sondern um eine Weiterentwicklung insbesondere im Hinblick auf die individuellen Rechte behinderter Personen:

Viele der nun vorliegenden Regelungen halten sich an kategoriale Definitionen von Behinderung und verbinden diese Kategorien ziemlich rigide mit bestimmten Regelungen bzw. Förderungsmöglichkeiten. Die Individualität von Behinderung bzw. das Recht der einzelnen Person auf ein selbstbestimmtes Leben werden dadurch nicht ausreichend berücksichtigt. Durch die rigiden Formulierungen sowohl bezüglich der Kompetenzen der betroffenen Personen ("die nicht lesen" bzw. "die nicht schreiben können") als auch deren Sinnesbehinderung ("blind", "gehörlos", "der lautsprachlichen Kommunikation nicht mächtig", "stumm") entsteht die Gefahr, dass externe ExpertInnen entgegen den Interessen der behinderten Personen feststellen, dass die zitierten rigiden Bezeichnungen nicht auf sie zutreffen und sie daher das im Gesetz formulierte Recht nicht in Anspruch nehmen dürfen.

Um ein Beispiel bezüglich Gebärdensprache zu geben: Auch für hörende, aber produktiv sprachbehinderte Menschen kann es von Vorteil sein, eine Gebärdensprache als Ersatz für gesprochene Sprache zu verwenden. Derzeitige Gesetzesformulierungen, welche die Verwendung einer Gebärdensprache nur hörbehinderten Personen zugestehen, gefährden die individuellen Rechte einzelner produktiv sprachbehinderter (im veralteten Sprachgebrauch: "stummer") Menschen.

Es wird weiters darauf hingewiesen, dass Bezeichnungen wie "blind", "gehörlos", "sehbehindert", "hörbehindert", "schwerhörig" (die 3 letzteren mit Abstufungen wie "leicht", "mittelgradig", "hochgradig" u.ä.) medizinisch-naturwissenschaftlich nicht hinreichend genau definiert bzw. festgestellt werden können. Diese Begriffe haben sachlich gesehen eine gewisse Bandbreite und es obliegt letzten Endes der behinderten Person selbst, ob sie sich bei objektiv gleichbleibender Behinderung (z.B. mit einem relativ geringen, aber vorhandenen sogenannten "Hör-" oder "Sehrest") als blind/gehörlos" oder aber als "sehbehindert/schwerhörig" bezeichnet.

Der Begriff "stumm" erscheint mir - weil diskriminierend - absolut unangebracht zu sein und wäre durch "sprechbehindert" zu ersetzen. Noch besser wäre, den Begriff "sprachbehindert" zu verwenden, da darunter auch alle Personen fallen, welche irgendeine produktive oder rezeptive Behinderung bezüglich einer Sprache (medizinisch: Aphasie) haben. Auch diese Personen haben ein Recht, im geplanten Gesetz berücksichtigt zu werden.

Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen sollten also daraufhin überprüft werden, ob sie folgende Bedingungen berücksichtigen:

- die Gradualität von Sinnes- bzw. Sprachbehinderungen und die Tatsache, dass sie sich bei einer Person im Lauf der Zeit verändern können
- allfällig vorliegende Kombinationen von Behinderungen (z.B. Taubblindheit)
- Berücksichtigung von bisher kaum oder erst in jüngster Zeit wahrgenommenen bzw. anerkannten Behinderungsformen, wie "Lernbehinderung"
- Berücksichtigung von Behinderungen, wie Aphasien oder auch spastische Behinderungen (welche z.B. die Verwendung eines besonders ausgestatteten Computers verlangen)
- Verzicht auf oberflächliche Beschreibungen, welche lediglich ein persönliches Defizit definieren, aber keine Alternativen für die Betroffenen - entsprechend deren Fähigkeiten - bieten (z.B. Personen, "die nicht lesen (können)", "der lautsprachlichen Kommunikation nicht mächtig" oder "Stumme")

Als rechtliche Grundsätze hätten - im Sinne einer Weiterentwicklung bloß kategorialer Behinderungsdefinitionen - zu gelten:

- das Recht der behinderten Personen auf Selbstbestimmung, insbesondere bezüglich der Art der zu einem bestimmten Zweck zu wählenden Kommunikationsform
- Gesellschaft bzw. staatliche Organe haben sich aufgrund der Menschenrechte unbedingt an die Selbstdefinition dieser Personen zu halten.

Daher sollten Gesetze Regelungen enthalten, die es ermöglichen, dass eine behinderte Person dieselben Rechte und Pflichten wahrnehmen kann, die auch für nichtbehinderte Personen gelten. Die Ungleichbehandlung behinderter Menschen, insbesondere ihre Befreiung von normal gültigen Pflichten trägt immer die Gefahr in sich, dass z.B. ihre Ausbildung oder ihre Rechtsakte als gegenüber denen von nichtbehinderten Personen weniger wert angesehen werden. Daher bleiben sie dann im Alltag als Personen "zweiter Klasse" oftmals insofern diskriminiert, als ihnen intuitiv keine vollständige Handlungsfähigkeit zugesprochen wird.

Um eine generelle Barrierefreiheit zu erreichen, schlage ich - als ein Beispiel - folgende einheitliche Formulierung vor, welche in Straf- und Zivilrecht Gültigkeit haben sollte:

*Personen, welche eine Seh-, Hör- oder Sprachbehinderung nachweisen können, haben das Recht, bei Rechtsgeschäften, welche für ihre Gültigkeit die Aufnahme eines Notariatsakts benötigen, zu erklären, dass die übliche Durchführung von Rechtsgeschäften bzw. juristischen Vorgängen ihnen die Wahrnehmung ihrer Interessen nicht erlaubt. Sie haben das Recht, entsprechende Maßnahmen zu verlangen, welche ihnen die vollgültige Teilnahme an der Durchführung des Notariatsakts erlauben.*

*Solche Maßnahmen können unter anderem sein:*

- *Hinzuziehung einer Vertrauensperson*
- *Hinzuziehung eines/r GebärdensprachdolmetscherIn*
- *Verwendung technischer Hilfsmittel für die verstärkte oder zusätzliche Darbietung von Informationen in von der betroffenen Person gewählten Modalitäten (akustische, visuelle oder taktile Präsentation/Umsetzung), z.B. adaptierter EDV-Anlagen*
- *Verwendung von der betroffenen Person gewählter (akustischer, visueller oder taktiler Kodierungssysteme für gesprochene, geschriebene oder Gebärdensprache*
- *Sonstige aufgrund wissenschaftlicher Befunde sinnvolle und von der betroffenen Person gewählte Kommunikationshilfen.*

*Bei Durchführung von Rechtsgeschäften bzw. juristischen Vorgängen ist die Zustimmung der behinderten Person zu Inhalt und Prozedur gesondert geeignet festzuhalten.*

Der folgende Abschnitt bezieht sich nicht auf den vorliegenden Entwurf, sondern versucht, eine umfassende Sicht auf die Problematik gehörloser/schwer hörbehinderter Menschen zu bieten. Dies geschieht mit dem Ersuchen, das Justizministerium möge sich grundsätzlich mit dieser Frage beschäftigen.

#### 4. Die Problematik der Gehörlosenbildung

Der derzeitige und der vorangegangene österreichische Bundesregierung ist es nicht gelungen, den Absatz 3 des Abschnitts 8 B-VG mit Leben zu erfüllen:

(3) Die österreichische Gebärdensprache ist als eigenständige Sprache anerkannt. Das Nähere bestimmen die Gesetze.

Es gibt in der aktuellen Regierungserklärung zwar folgende Absichtserklärung:

Förderung jener Ausbildungs- und Umsetzungsmaßnahmen, die aufgrund der Anerkennung der Gebärdensprache notwendig sind. (S. 123)

Aufgrund des inhaltenden Widerstands aus dem Bildungs- und dem Technologieministerium, sowie aufgrund zwar versprochener, aber letztlich nicht gehaltener Unterstützung durch das BKA sowie die Koalitionskoordinatoren BM Faymann und Pröll (oder sollte ich besser sagen: der Unfähigkeit der entsprechenden Ministerbüros) ist es - trotz intensiver Bemühungen - weder gelungen, eine zu Erhebung und Planung nützlicher Maßnahmen notwendige Koordination (es sind mindestens sechs Ministerien, nämlich Bildung, Familie, Gesundheit, Soziales, sowie Technologie und Wissenschaft zu koordinieren) zu erreichen, noch die bekannten (und aus internationaler Perspektive berechtigten) Wünsche der Selbstvertretungsorgane der hörbehinderten Menschen in ein mittelfristiges Arbeitsprogramm umzusetzen. Insbesondere das Bildungsministerium kann geradezu als Hort der Gehörlosendiskriminierung gesehen werden (dies gilt für beide Ministerinnen). Einzige positive Ausnahme sind das Sozialministerium und nun das Justizministerium.

Diese Vorbemerkung begründet, warum in Österreich - im Gegensatz zu praktisch allen Nachbarländern, von den in dieser Frage weiter fortgeschrittenen Ländern gar nicht zu reden - noch nicht einmal ein Ansatz besteht, die katastrophale Bildungssituation gehörloser und schwer hörbehinderter Menschen zu verändern. Diese katastrophale Bildungssituation verursacht auch folgendes Problem: So wünschenswert eine Übersetzung juristischer Inhalt in die Österreichische Gebärdensprache (ÖGS) ist, so wenig kann man damit rechnen, dass alle GebärdensprachbenutzerInnen diese Übersetzung auch verstehen. Das bedeutet, dass für solche Menschen ein erhöhter Beratungsbedarf besteht und die juristischen Fachpersonen auch darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass sie den Erfolg der Übersetzung in die ÖGS überprüfen bzw. gegebenenfalls eine geeignete Beratung der Betroffenen vorschlagen müssen.

Ich möchte betonen, dass im Rechts- und Bildungsbereich auch für nicht-gebärdensprachorientierte hörbehinderte Menschen wesentliche Verbesserungen notwendig sind

mit freundlichen Grüßen



Franz Dotter